

Arbeitskämpfe in der Textilindustrie in Kambodscha

von Sophie Städing

Anfang dieses Jahres eskalierten die landesweiten Proteste der Textilarbeiter_innen in Kambodscha. Die Beschäftigten der Textilindustrie forderten seit vielen Wochen eine Erhöhung des monatlichen Mindestlohns von den bisherigen 80 Dollar (etwa 60 Euro) auf 160 Dollar (etwa 110 Euro). Die Streiks legten die Produktion in der Textilindustrie in Kambodscha vorübergehend fast vollständig lahm.

Am 3. Januar 2014 kam es dann in der Vreng Seng Straße südlich der Hauptstadt Phnom Penh zu Auseinandersetzungen zwischen den streikenden Textilarbeiter_innen und der Polizei. Mehrere hundert Arbeiter_innen blockierten die Straße, steckten Reifen in Brand und warfen Gegenstände und Benzinbrandsätze auf die Polizisten, berichtete die örtliche Presse. Die Protestierenden wurden von Hundertschaften der Polizei mit Hilfe der berüchtigten Sondereinheit 911 der kambodschanischen Armee brutal niedergeschlagen. Es wurden Tränengas, Gummiknüppel und Maschinenpistolen gegen die Demonstrant_innen eingesetzt. Infolge der Schüsse auf die Textilarbeiter_innen starben fünf Menschen, mindestens 40 Personen wurden schwer verletzt und weitere 23 Personen inhaftiert.

Der Staat ging mit aller Härte gegen die Protestierenden vor. Direkt am Tag nach den Schüssen, stürmte die Polizei gemeinsam mit Schlägertrupps in Zivil den Freedom-Park in Phnom Penh und räumte den Platz. Premierminister Hun Sen hatte 2010 den Freedom Park, der mitten im Zentrum der Hauptstadt Phnom Penh liegt, als einen Platz der Kritik für die kambodschanische Bevölkerung eröffnet. Dort war in den vergangenen Monaten ein Protestcamp der Opposition entstanden, die sich nun zum Teil mit den Gewerkschaften und Arbeiter_innen zusammengetan hatten, um ihre Position gegenüber der Regierung zu stärken und Druck auf diese auszuüben. Hunderte von Aktivist_innen unter ihnen auch zahlreiche buddhistische Mönche wurden gewaltsam geräumt. Journalist_innen waren während der Räumung nicht geduldet. Es gab wieder zahlreiche Verletzte. Die Ordnungshüter zerstörten Zelte, Tribünen und einen buddhistischen Altar. Die Oppositionspartei *Cambodian National Rescue Party (CNRP)* hatte mit dem Camp gegen die Regierungspartei *Cambodian Peoples Party (CPP)* protestiert und eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der Wahlen im Juli 2013, bei der die *CPP* als Sieger hervorgegangen war, gefordert. Direkt nach den Vorfällen von Anfang Januar 2014 verhängte die Regierung ein Demonstrations- und Versammlungsverbot. Trotz des Verbots, welches auch in den nächsten Monaten aufrechterhalten wurde, kam es weiterhin zu kleineren Kundgebungen und Demonstrationen.

Die Vorgeschichte der Eskalation

Am 28. Juli 2013 fanden Parlamentswahlen in Kambodscha statt. Im Vorfeld stieg die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der langjährigen Regierung Hun Sens. Das Sam Rainsys Oppositionsbündnis, die *CNRP*, schaffte es viele insbesondere junge Kambodschaner_innen zu mobilisieren, in Demonstrationen ihre Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung Ausdruck zu verleihen. Der Premierminister Hun Sen steht seit 1985 an der Spitze der Regierung. Hun Sen verkündete 2013, dass er noch mindestens 10 weitere Jahre im Amt bleiben werde. Seine Partei, die *Cambodian Peoples Party (CPP)*, ging, wie erwartet, erneut als Sieger aus den Wahlen hervor, wenn auch mit großen Verlusten zugunsten des Oppositionsbündnisses der *National Rescue Party* unter der Führung von Sam Rainsy. Sam Rainsy tat sich im Wahlkampf besonders durch antivietnamesische Ressentiments hervor. Er wird als liberaler Mann vom Westen hofiert, wohingegen Hun Sen zu den treuesten Partnern Chinas zählt. Sam Rainsys Partei wirft der Regierung nach den Wahlen Wahlbetrug vor und fordert die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission.



Wirtschaftlicher Aufstieg auf der einen Seite und unmenschliche Arbeitsbedingungen auf der anderen Seite

Kambodscha befindet sich seit Jahren im wirtschaftlichen Aufschwung. Die Hauptstadt Phnom Penh boomt. An vielen Stellen wird gebaut, es entstehen zahlreiche Einkaufszentren und Luxus-Apartments. Dabei kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen, da Bewohner_innen von ihrem Land vertrieben werden, um Platz für Bauprojekte zu machen.

Landgrabbing und die Auswirkungen der Entwicklung des Landes zu einem kapitalistischen Staat seit Beginn der 1990er Jahre sind die zentralen Themen in Kambodscha. Die Regierung Hun Sens verwirklicht immer öfter, in Kooperation mit chinesischen Firmen, Bauprojekte, ohne Rücksicht auf die dort lebende Bevölkerung. Dabei werden die Landrechte der Bevölkerung missachtet und Land gewaltsam enteignet, ohne Rücksicht auf Verluste. Diese Prozesse, die nicht nur in Kambodscha zu beobachten sind, sondern auch in Indien oder Afrika, werden von Marx Kritik des Kapitalismus als „ursprüngliche Akkumulation“ beschrieben.¹

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs lebt immer noch ein Drittel der kambodschanischen Bevölkerung von weniger als 1,50 US-Dollar pro Tag. Die Textilindustrie ist neben dem Tourismus einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes. Kambodschas Textilindustrie verzeichnet zweistellige Wachstumsraten. Es gibt landesweit über 400 Textilfabriken in denen 600.000 überwiegend weibliche Beschäftigte arbeiten. Monatlich eröffnen durchschnittlich fünf neue Fabriken. Unternehmen haben Kambodscha als lukrativen Fabrikstandort entdeckt. Vier Fünftel der kambodschanischen Exporte stammen aus der Textilindustrie. 2013 erwirtschafteten die Textilexporte insgesamt 5,53 Milliarden US-Dollar. Daher erscheint es wenig verwunderlich, dass es zur wirtschaftlichen Strategie der Regierung, die den Sachzwängen des globalen Kapitalismus folgt, gehört, das Land auch auf Kosten der Arbeitnehmerrechte möglichst attraktiv für ausländische Investoren zu machen. Chinesische Bekleidungshersteller, die für europäische und amerikanische Modemarken wie H&M, Puma, Adidas, Nike und Levi Strauss produzieren, haben sich in Kambodscha niedergelassen, da das Lohnniveau weit unter dem chinesischen Lohnniveau liegt.² Aber nicht nur chinesische Unternehmen, sondern auch Firmen aus Südkorea, Taiwan oder Malaysia produzieren in Kambodscha. Die Arbeiter_innen erhalten Hungerlöhne. Gesundheitsschädigende und gefährliche Arbeitsbedingungen werden in Kauf genommen. Die *ILO (Internationale Arbeitsorganisation)* berichtet über eine lange Reihe von Missständen: 85% der Unternehmen verlangen zu der üblichen sechs Tage Woche täglich mehr als zwei Überstunden, in 65% der Fabriken herrscht eine extreme Hitze, Fluchtwege sind versperrt.³ Immer wieder kollabieren Frauen bei der Arbeit in Folge der Hitze, Chemikaliendämpfe und Überarbeitung.⁴ Es gibt zahlreiche Klagen der Arbeiter_innen über körperliche Misshandlungen bis hin zu sexuellen Belästigungen. Zudem gibt es in Kambodscha keine Kündigungsfristen.

Das schwere Unglück in der Textilindustrie Bangladeschs, der Einsturz der Textilfabrik in Rana Plaza, ist uns allen bekannt. Auch in Kambodscha kam es zu ähnlichen Vorfällen, von

¹Marx benutzt in seinem Werk „Das Kapital“ den Begriff ursprüngliche Akkumulation. Die ursprüngliche Akkumulation soll erklären, wie es zu einer kapitalistischen Akkumulation kommen konnte, die das Vorhandensein zweier Gruppen von Warenbesitzern voraussetzt. Auf der einen Seite die Eigentümer von Geld, Produktions- und Lebensmitteln, die diese durch Ankauf fremder Arbeitskraft verwerten und auf der anderen Seite lohnabhängige Arbeitskräfte, die ihre Arbeitskraft an erstere veräußern. Für Marx stellt dies den historischen Scheidungsprozess von Produzent und Produktionsmitteln dar. Heute wird kontrovers diskutiert, ob es sich bei den Prozessen, wie dem in Kambodscha, wirklich um ursprüngliche Akkumulation im Sinne Marx handelt oder ob nicht noch mehr Faktoren eine Rolle spielen.

² China steht nicht mehr wie noch vor einiger Zeit ganz oben auf der Liste der Billiglohnländer. Die Löhne in China steigen im Durchschnitt mehr als 20 Prozent im Jahr.

³<http://betterfactories.org/> [17. April 2014]

⁴<http://www.newsweek.com/mysterious-mass-faintings-cambodian-factories-leave-scores-sick-243769> [4. März 2014]

denen wenig Kenntnis genommen wurde, da sie weniger verheerend waren als die in Bangladesch. Im Mai 2013 stürzten in Kambodscha zwei Fabrikgebäude ein - zwei Arbeiter_innen starben bei dem Unglück und 30 weitere Personen wurden verletzt. Dies zeigt, dass die Katastrophen in Bangladesch kein Einzelfall sind, sondern ein Risiko, welches viele Unternehmer für ihren Gewinn in Kauf nehmen.

Durch den Mut der Arbeiter_innen gelang es die schlechten Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken nicht ohne Widerstand hinzunehmen. Der Höhepunkt der zahlreichen Arbeitsniederlegungen war am 24. Dezember 2013 bei der die sechs größten Gewerkschaften der Textilarbeiter_innen Kambodschas zum Streik aufriefen. Die Arbeiter_innen beschlossen daraufhin einen unbegrenzten Generalstreik bis ihrer Forderung nach einer Erhöhung des monatlichen Mindestlohns von derzeit 80 Dollar auf 160 Dollar nachgegeben worden ist. Die Streikenden riskierten bei den Protesten ihren Arbeitsplatz und viele wurden nach den Vorfällen Anfang Januar 2014 entlassen. Die Streiks führten jedoch zu einem Teilerfolg in dem der Mindestlohn auf 100 US-Dollar erhöht wurde. Aber dies ist längst nicht ausreichend, sagen die Gewerkschaften, denn ein existenzsichernder Lohn in Kambodscha liegt bei etwa 157-177 Dollar.

Vergleicht man die Löhne der kambodschanischen Textilarbeiter_innen mit denen ihrer chinesischen Kolleg_innen so verdienen diese dreimal so viel. Nur die Textilarbeiter_innen in Bangladesch können mit den Niedriglöhnen Kambodschas mithalten.⁵ Die Unternehmenseite zeigt kaum Interesse etwas an den Arbeitsbedingungen zu verbessern. So erklärte nach der Zerschlagung des Streiks in Kambodscha der Vorsitzende der Textilindustriellen des Landes, Van Sou leng: *„Die Intervention der Polizei zur Wahrung von Recht und Ordnung war absolut gerechtfertigt. Wir müssen akzeptieren, dass es dann Kollateralschaden gibt. Warum werden nicht die Leute zur Verantwortung gezogen, die illegal demonstrieren und den Fabriken wehtun.“*⁶

Aktueller Stand

Trotz zahlreicher Proteste und Interventionen von internationalen NGOs saßen im April 2014 immer noch 21 Demonstranten von den Aufständen im Januar 2014 in Haft. Am 25. April 2014 wurden sie in Phnom Penh vor Gericht gestellt. Menschenrechtsorganisationen sprechen davon, dass an den 21 Angeklagten, die wegen schwerer Gewalt und Zerstörung von Eigentum angeklagt wurden, ein Exempel statuiert werden sollte. Der massive Druck von Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisation und der internationalen kambodschanischen Community, führte dazu, dass die Angeklagten, die vom Gericht für schuldig befunden wurden und mit bis zu mehreren Jahren Haft bestraft wurden, am 30. Mai 2014 freigelassen wurden.

⁵ Im Unterschied zu Bangladesch sind die Textilfabriken in Kambodscha jedoch nicht in lokalem Besitz, sondern meist in ausländischer Hand.

⁶ Frankfurter Rundschau, Freitag 24. Januar 2014, 70 (20)

Die Gewerkschaften kündigten für den Monat März neue Streiks an, da ihre Forderung nach Erhöhung des Mindestlohns auf 160 Dollar nicht erfüllt wurde und die Regierung zu keinen neuen Verhandlungen mit den Gewerkschaften bereit ist. Im März protestierten einige Fabrikarbeiter_innen gegen die Arbeitsbedingungen indem sie Überstunden verweigerten. Daraufhin wurden sie von den Fabrikbesitzern in der Fabrik eingesperrt. Die großen geplanten Streiks für den März wurden auf das Ende des kambodschanischen Neujahrsfest, also Mitte April verschoben. Die Begründung lautete, dass die Gewerkschaften danach mehr Rückhalt bei den Arbeiter_innen haben werden, da diese vor dem Fest keine Einkommenseinbußen riskieren können. Nach den Ferien zum Khmer Neujahr befanden sich wieder 10.000 Arbeiter_innen im Streik. Die Zahl ist sehr niedrig im Vergleich zu der großen Beteiligung der Textilarbeiter_innen noch vor wenigen Monaten. Es nehmen nur wenige den Streik wieder auf, da die Arbeitgeber angekündigt haben, Streikteilnehmer zu entlassen. Die Situation bleibt weiterhin angespannt, da die Gewerkschaften weiter die Forderungen nach einer Anhebung des Mindestlohns auf 160 US-Dollar vertreten. Die Regierung und die Arbeitgeber lassen sich bislang nicht von ihrem harten Kurs abbringen und sind zu keinen neuen Verhandlungen bereit.

Kontakt:

Bildung trifft [Entwicklung](#)

Regionale Bildungsstelle Nord

Sophie Städing

Tel.: 0551-3887634

E-mail: sophie.staeding@bildung-trifft-entwicklung.de